

Verordnung über die öffentlichen Bäder (Bäderverordnung, Bäv)

Vom 21. März 2001 (Stand 1. Mai 2012)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 50 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegengesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007 ¹⁾ und die §§ 34 und 57 des Gesundheitsgesetzes (GesG) vom 20. Januar 2009 ²⁾, *

beschliesst:

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung soll Benützende und Personal der öffentlichen Bäder vor gesundheitlichen Schädigungen schützen, die durch mangelhafte hygienische Zustände in Badeanlagen oder durch die bei der Wasseraufbereitung und im Unterhalt dieser Anlagen verwendeten Chemikalien verursacht werden.

² Die Verordnung gilt für:

- a) öffentliche Bäder mit künstlichen Becken, wie Freibäder, Bio-Teiche, Hallenbäder und Thermalbäder sowie dergleichen;
- b) Bäder mit beschränktem Benutzerkreis, in Schulen, Hotels, Heil-, Straf-, Erziehungsanstalten und ähnlichen Institutionen;
- c) öffentliche Bäder an Flüssen und Seen;
- d) Einrichtungen in Anlagen gemäss § 1 Abs. 2 lit. a–c, wie Duschen, Toiletten, Betriebsräume, Filter- und Wasseraufbereitungsanlagen sowie dergleichen.

§ 2 Grundsatz

¹ Bäder und dazugehörige Einrichtungen sind so anzulegen und zu betreiben, dass die Gesundheit der Benützenden und des Personals weder durch mangelhafte hygienische Zustände noch durch die bei der Wasseraufbereitung und im Unterhalt der Badeanlagen verwendeten Chemikalien gefährdet werden kann.

¹⁾ SAR [271.200](#)

²⁾ SAR [301.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

AGS 2001 S. 79

§ 3 Bau und Betrieb; Anforderungen

¹ Soweit diese Verordnung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, sind für den Bau und den Betrieb der Bäder und der dazugehörenden Einrichtungen massgebend

- a) * die Norm 385/9 (gültig ab 1. Mai 2011) des Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Vereins (SIA) über die Anforderungen an das Wasser und an die Wasseraufbereitungsanlagen in Gemeinschaftsbädern,
- b) * die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit für die hygienische Beurteilung von See- und Flussbädern vom 21. Februar 1990,
- c) * die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit für die hygienische Beurteilung öffentlicher, künstlich angelegter Badeteiche vom 3. Mai 2004.

² Bäder mit biologischer Wasseraufbereitung haben den Anforderungen an das Beckenwasser gemäss Anhang zu genügen.

³ Für die Untersuchungen sind die Methoden des schweizerischen Lebensmittelbuches massgebend. Bei Bedarf kann das Amt für Verbraucherschutz Untersuchungsmethoden als verbindlich erklären. *

§ 4 Projektgenehmigung

¹ Die Projektunterlagen für Neu- oder Umbauten der Schwimmbäder sind dem Amt für Verbraucherschutz spätestens drei Monate vor dem geplanten Beginn der Bauarbeiten zur Genehmigung vorzulegen. *

² *Aufgehoben* *

³ Mit den Projektunterlagen sind einzureichen: *

- a) der Beschrieb der Wasseraufbereitung einschliesslich Prinzipschema;
- b) die technischen Daten zur Wasseraufbereitung;
- c) der Beschrieb der Lagerung und Handhabung der Chemikalien.

§ 5 Selbstkontrolle

¹ Wer ein Bad betreibt, hat eine Selbstkontrolle durchzuführen, deren Gegenstand sich nach der SIA-Norm 385/9 (gültig ab 1. Mai 2011) richtet. *

² Im Rahmen der Selbstkontrolle führt das Betriebspersonal ein Betriebsbuch gemäss SIA-Norm 385/9 (gültig ab 1. Mai 2011). *

§ 6 Externe Kontrollen

¹ Periodische externe Kontrollen haben in einem für die Kontrolle von öffentlichen Bädern akkreditierten Laboratorium zu erfolgen.

² Hallenbäder sind mindestens halbjährlich, Freibäder mindestens einmal pro Saison zu kontrollieren; bei stark besuchten Bädern ist die externe Kontrollhäufigkeit zu erhöhen.

³ Bei Schwimmbädern mit biologischer Wasseraufbereitung ist das Wasser mindestens einmal wöchentlich mikrobiologisch und chemisch in einem für die Untersuchung von Badewasser akkreditierten Laboratorium zu untersuchen.

⁴ Falls mit anderen Untersuchungsmethoden (Schnellmethoden) eine genügende Selbstkontrolle gewährleistet ist oder falls die vorliegenden Messresultate regelmässig eine geringe Belastung des Badewassers zeigen, kann das Amt für Verbraucherschutz bei Schwimmbädern mit biologischer Wasseraufbereitung auf Antrag eine reduzierte Untersuchungsfrequenz bewilligen. *

§ 7 Aufsicht

¹ Sämtliche unter diese Verordnung fallenden Bäder und dazugehörenden Einrichtungen unterstehen der Aufsicht des Amts für Verbraucherschutz. *

§ 8 Amtliche Kontrollen

¹ Das Amt für Verbraucherschutz kontrolliert die Bäder stichprobenweise. Eine Kontrolle kann auch auf Anzeige von Drittpersonen hin erfolgen, wenn diese einen Kontrollbedarf glaubhaft machen können. *

² Die Kontrollen umfassen:

- a) die Überprüfung der Selbstkontrolle;
- b) bei Bedarf Probeentnahmen zur chemischen, physikalischen und mikrobiologischen Untersuchung des Badewassers und der Wasseraufbereitung;
- c) Inspektionen der Einrichtungen;
- d) falls erforderlich, Raumluftmessungen.

³ Die Kontrollen sind in der Regel während der Öffnungszeiten durchzuführen. Sie können unangemeldet vorgenommen werden.

⁴ Die Betreiberin beziehungsweise der Betreiber oder die sie vertretenden Personen haben den zuständigen Amtspersonen bei der Durchführung der Kontrollen behilflich zu sein, diesen Probeentnahmen zu ermöglichen, Auskünfte zu erteilen sowie Zutritt zu allen Einrichtungen zu gewähren.

§ 9 * Befund

¹ Das Amt für Verbraucherschutz teilt den Befund nach Abschluss und Auswertung der Untersuchungen der jeweiligen Betreiberin beziehungsweise dem jeweiligen Betreiber mit.

§ 10 Massnahmen

¹ Genügen das Badewasser oder die Einrichtungen den Anforderungen dieser Verordnung nicht, so trifft das Amt für Verbraucherschutz die zur Behebung der Mängel notwendigen Verfügungen. *

² Falls sich Mängel nicht auf andere Weise beheben lassen, kann im Fall einer möglichen Gesundheitsgefährdung die sofortige Schliessung der Badeanstalt verfügt werden.

§ 11 Kosten

¹ Die Kosten für amtliche Kontrollen, Planbegutachtung und Projektgenehmigung gehen zu Lasten des Betreibers oder der Betreiberin und richten sich nach der Verordnung über die Gebühren auf dem Gebiete des Gesundheits- und Zivilschutzwesens vom 10. Juni 1991 ¹⁾.

² Die Kosten für die Kontrolle von Bädern an Flüssen und Seen trägt der Kanton.

§ 12 Rechtsmittel

¹ Gegen Verfügungen des Amts für Verbraucherschutz kann innert 10 Tagen Einsprache erhoben werden. *

² Gegen Einspracheentscheide des Amts für Verbraucherschutz kann innert 30 Tagen beim Departement Gesundheit und Soziales Beschwerde geführt werden. Dessen Entscheid kann beim Verwaltungsgericht angefochten werden. *

³ Im Übrigen gelten die Vorschriften der Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege. *

§ 12a * Übergangsrecht zur Änderung vom 7. März 2012

¹ Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 7. März 2012 bereits in Betrieb stehenden Bäder werden während der Dauer eines Jahres nach bisherigem Recht beurteilt.

§ 13 Änderung bisherigen Rechts

¹ Die Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates vom 8. November 1982 ²⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

¹⁾ SAR [301.151](#)

²⁾ AGS Bd. 10 S. 734; Bd. 11 S. 412; 1995 S. 75, 109; 1996 S. 79; 1997 S. 69; 1998 S. 118, 161; 1999 S. 42, 77; 2000 S. 73, 273; 2001 S. 20 (SAR [153.111](#))

§ 14 Aufhebung bisherigen Rechts; Inkrafttreten

¹ Die Verordnung über die öffentlichen Schwimmbäder vom 29. Juli 1960 ¹⁾ ist aufgehoben.

² Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt 10 Tage nach der Publikation in Kraft.

Aarau, 21. März 2001

Regierungsrat Aargau

Landammann
WERTLI

Staatsschreiber
PFIRTER

Veröffentlichung: 17. April 2001

¹⁾ AGS Bd. 5 S. 33; Bd. 7 S. 444

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
23.11.2005	01.01.2006	§ 3 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 4 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 4 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 6 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 7 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 8 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 9	totalrevidiert	AGS 2005 S. 749
23.11.2005	01.01.2006	§ 10 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 750
23.11.2005	01.01.2006	§ 12 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 750
21.05.2008	01.01.2009	§ 12 Abs. 2	geändert	AGS 2008 S. 459
21.05.2008	01.01.2009	§ 12 Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 459
11.11.2009	01.01.2010	Ingress	geändert	AGS 2009 S. 415
07.03.2012	01.05.2012	§ 3 Abs. 1, lit. a)	geändert	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 3 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 3 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 4 Abs. 2	geändert	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 5 Abs. 2	geändert	AGS 2012/2-5
07.03.2012	01.05.2012	§ 12a	eingefügt	AGS 2012/2-5

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	11.11.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 415
§ 3 Abs. 1, lit. a)	07.03.2012	01.05.2012	geändert	AGS 2012/2-5
§ 3 Abs. 1, lit. b)	07.03.2012	01.05.2012	geändert	AGS 2012/2-5
§ 3 Abs. 1, lit. c)	07.03.2012	01.05.2012	eingefügt	AGS 2012/2-5
§ 3 Abs. 3	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 4 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 4 Abs. 2	07.03.2012	01.05.2012	geändert	AGS 2012/2-5
§ 4 Abs. 3	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 5 Abs. 1	07.03.2012	01.05.2012	geändert	AGS 2012/2-5
§ 5 Abs. 2	07.03.2012	01.05.2012	geändert	AGS 2012/2-5
§ 6 Abs. 4	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 7 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 8 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 749
§ 9	23.11.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 749
§ 10 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 750
§ 12 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 750
§ 12 Abs. 2	21.05.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 459
§ 12 Abs. 3	21.05.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 459
§ 12a	07.03.2012	01.05.2012	eingefügt	AGS 2012/2-5

Anhang ¹

Anforderungen an Beckenwasser mit biologischer Wasseraufbereitung:

Parameter	Anforderung
E. coli	Max. 100 KBE/100 ml
Enterokokken	Max. 40 KBE/100 ml
Pseudomonas aeruginosa	Max. 10 KBE/100 ml
Staphylococcus aureus	n.n./100 ml
Salmonellen	n.n./100 ml
Cryptosporidien-Oozysten	n.n./1000 ml
Sichttiefe	Min. 2 Meter
Phosphorverbindungen (gesamt)	Max. 0.01 mg/L (gerechnet als P)

n.n. = nicht nachweisbar

¹ Anhang zur Verordnung über die öffentlichen Bäder (Bäderverordnung, BÄV) vom 21. März 2001 (SAR [325.211](#))